

## **V-2 2038 ist kein Konsens!**

Gremium: Landesvorstand Brandenburg,  
Landesvorstand NRW, Landesvorstand  
Sachsen, Fachforum Ökologie, Anna Peters  
Beschlussdatum: 21.03.2019  
Tagesordnungspunkt: Verschiedene Anträge

1 Die Kohlekommission wurde Mitte 2018 von der Bundesregierung eingesetzt, um die  
2 Frage zu klären, ob und wann aus der Kohleverstromung ausgestiegen wird. Im  
3 Januar 2019 wurde beschlossen: 2038 soll Schluss sein mit der Kohleverstromung.  
4 Das ist uns entschieden zu spät. Nicht die Menschen, die in der Kommission  
5 saßen, müssen die Konsequenzen noch in 50 Jahren ausbaden, sondern wir, die  
6 junge Generation und jene, die schon jetzt die Folgen der Klimakrise spüren.  
7 Deswegen stehen wir Seite an Seite auch mit der "Fridays for future"-Bewegung  
8 und kämpfen gemeinsam für einen sofortigen Ausstieg aus der Kohle bis 2025 in  
9 Deutschland und 2030 in ganz Europa. Es geht uns um Gerechtigkeit - zwischen  
10 Generationen aber auch schon heute global.

11 Doch auch der Fakt, dass die Bundesregierung nicht den politischen Mut hat,  
12 diese Entscheidung alleine zu fällen, ist an sich schon eine Farce. So hat sie  
13 die Kommission eingesetzt, um den beschlossenen Bericht im Nachhinein als  
14 Konsens aller Beteiligten (also sowohl Energiekonzerne als auch Klimabewegung)  
15 zu verkaufen - es waren aber weder Vertreter\*innen der parlamentarischen  
16 Opposition oder zukünftiger Generationen in der Kommission vertreten. Mit der  
17 Kohlekommission, der durch Scheuer eingeschränkten Verkehrskommission und der von  
18 Seehofer noch nicht einmal eingesetzten Gebäudekommission macht diese Auslagerung von  
19 Entscheidungen gerade in der Klima- und Umweltpolitik Schule. Zusammensetzungen  
20 wie in der Kohlekommission verhindern, dass Opposition und NGOs ihre Rolle als  
21 Impulsgeber\*innen für progressive Politik ausüben können. Wir kritisieren, dass  
22 derartige Modelle in unzureichender Besetzung genutzt werden, um  
23 gesamtgesellschaftliche Konflikte zu befrieden und politische Parteien  
24 versuchen, sich aus der Verantwortung zu ziehen.

## **Der Kohlekompromiss ist fatal fürs Klima!**

26 Der Abschlussbericht der Kohlekommission sieht nun also einen Ausstieg aus der  
27 Kohle bis spätestens 2038 vor. Ebenfalls wird erwähnt, dass ein Ausstieg  
28 allerfrühestens 2035 stattfinden kann.

29 Es wird also versucht, eine "Mindeshaltbarkeit" des dreckigsten Energieträger  
30 festzulegen - ein Schlag ins Gesicht aller junger Menschen und jener, die schon  
31 jetzt unter den Folgen der Klimakrise leiden. In den Jahren 2023, 2026 und 2029  
32 sollen sogenannte „Bewertungen der Situation“ stattfinden. Diese Bewertungen  
33 sollen überprüfen, ob die Maßnahmen mit Bezug auf Versorgungssicherheit,  
34 Strompreinsniveau, Klimaschutz, Weiterentwicklung des EU-Beihilferechts und  
35 Strukturentwicklung übereinstimmen und ob das Ausstiegsdatum noch eingehalten  
36 werden kann. Es wird in der Logik der Kohlekommission keinen schnelleren  
37 Ausstieg als 2035 geben und auch ein Anheben der Erneuerbaren-Ziele ist demnach  
38 nicht möglich. Es gibt außerdem keine Möglichkeit den Ausstieg ambitionierter  
39 durchzuführen, selbst dann nicht, wenn die Bundesregierung sich dazu  
40 international verpflichtet. Im europaweiten Vergleich sind Deutschlands  
41 Ausstiegspläne verspätet und verfehlt. Bis 2030 wollen Finnland, Portugal und  
42 die Niederlande die Kohleverstromung einstellen, Italien, Großbritannien und  
43 Österreich bis 2025 und in Schweden und Frankreich sollen schon 2022 die letzten  
44 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Deutschland muss als zentraler Akteur und  
45 Wirtschaftsmacht Verantwortung übernehmen und innovativ handeln!

46 Viele verschiedene wissenschaftliche Szenarien belegen, dass nur ein  
47 Kohleausstieg bis allerspätestens 2030 dazu führt, dass die 1,5-Grad-Grenze  
48 eingehalten werden kann.

49 Ein Verfehlen dieses Ziels würde bedeuten, dass sogenannte „Kipppunkte“ erreicht  
50 werden, die dazu führen, dass irreversible Schäden entstehen (wie z.B. das  
51 bereits beginnende Sterben vieler Korallenriffe, die Meeresströmungen würden  
52 sich weiter verändern und vieles mehr).

53 Die Grüne Jugend setzt sich für einen Kohleausstieg bis spätestens 2025 ein, da  
54 vor allem die Energiewirtschaft der Bereich ist, der am schnellsten  
55 transformiert werden kann. Hier sind die Alternativen wie Wind und Sonne bereits  
56 preiswert und neue Speichertechnologien erleben gerade den Durchbruch.

57 Eine entsprechende Gestaltung politischer Rahmenbedingungen kann zudem eine  
58 Dezentralisierung und Demokratisierung der Energiegewinnung- und versorgung  
59 ermöglichen. Die Probleme bei der "Stromwende" wie schleppender Netzausbau oder  
60 hohe Kosten sind nicht technisch, sondern rein politisch verursacht.

61 **Alle Dörfer und Wälder bleiben...**

62 **...in Brandenburg**

63 Im Abschlussbericht der Kohlekommission wird weder der Erhalt des  
64 brandenburgischen Dorfes Proschim angekündigt, noch dem möglichen neuen Tagebau  
65 Welzow Süd II eine Absage erteilt. Wir werten dies als ein klimapolitisches  
66

67 Armutszeugnis und zudem als eine künstliche Verschärfung der Unsicherheit für  
68 Anwohner\*innen und Unternehmen, die den Strukturwandel massiv erschwert. Die  
69 Landesregierung hat einst versprochen, dass Horno das letzte Dorf gewesen sein  
70 soll, das der Braunkohle in Brandenburg weicht. Wir fordern sie auf, sich an  
71 dieses Versprechen zu halten. Hannelore Wodtke, die in der Kohlekommission die  
72 vielen Anwohner\*innen vertrat, die sich eine grüne Zukunft für die Lausitz  
73 wünschen, hat als einzige gegen den finalen Kompromiss gestimmt. Sie erhält  
74 unsere volle Unterstützung. Wir fordern nicht nur den Erhalt Proschims und eine  
75 klare Absage an neue Tagebaue, sondern wollen auch bereits genehmigte Tagebaue  
76 verkleinern – nicht nur aus klimapolitischen Gründen: Der Wald bei Taubendorf  
77 wird immer weiter für den Tagebau Jänschwalde gerodet, bis die Bewohner\*innen  
78 Taubendorfs eines Tages direkt an der Abbaukante wohnen. Das wollen wir nicht  
79 zulassen und fordern: Der bestehende Rest des Waldes, der Lebensraum, Staub- und  
Lärmschutz zugleich ist, soll in Gänze erhalten werden.

## 80 **...in Sachsen**

81 In Sachsen sind mit Pödelwitz, Obertitz und Mühlrose gleich drei Dörfer akut  
82 durch eine Abaggerung für eine Tagebauerweiterung bedroht. Der Bericht der  
83 Kohlekommission gibt den Bewohner\*innen aber keineswegs Sicherheit für den  
84 Erhalt ihrer Orte für die Zukunft. Vielmehr bleibt der Weiterbestand der Dörfer  
85 eine Hängepartie.

86 Dabei gibt es für Pödelwitz und Obertitz weder zugelassene Rahmenbetriebspläne,  
87 noch einen Genehmigungsantrag dafür. Für den im Bericht der Kohlekommission  
88 vorgesehenen stetigen Kohleausstieg reichen die derzeit genehmigten Tagebaue,  
89 wie der Tagebau Vereinigtes Schleenhain bei Pödelwitz, bei weitem aus. Dass  
90 Dörfer abgebaggert werden sollen, um darüber hinaus Kohle zu gewinnen, bleibt  
91 selbst im Angesicht des beschlossenen Kohleausstiegsdatums, aber auch mit Blick  
92 auf die Pariser Klimaziele, ein sinnloses Vorhaben.

93 Ein entschiedenes Bekenntnis zum Erhalt der Dörfer muss aus der Landesregierung  
94 kommen. Dort stellt man sich aber auf guten Fuß mit den Energieunternehmen LEAG  
95 und MIBRAG. So ist es das sächsische Wirtschaftsministerium, das die LEAG bei  
96 seinen neuen Plänen unterstützt, das Dorf Mühlrose bereits ab April 2019  
97 umzusiedeln - ohne ein bergrechtliches Genehmigungsverfahren für den  
98 betreffenden Tagebau Nochten II abzuwarten.

99 In der Köpfen der sächsischen Landesregierung ist die Tatsache, dass das Ende  
100 der Kohle auch in Sachsen eingeleitet ist, noch nicht vollends angekommen. Wir  
101 fordern die Landesregierung auf, die Tatsachen der Klimakrise und die Interessen  
102 der Einwohner\*innen, die in den von Abaggerung bedrohten Dörfern leben, endlich  
103 Ernst zu nehmen. Der Zukunftswunsch für Sachsen darf nicht sein, dass noch  
104 möglichst lang Kohle abgebaut wird - sondern dass Dörfer erhalten bleiben, ein  
105 Strukturwandel langfristig gelingt und Sachsen seinen Anteil zur Bekämpfung der

106 Klimakrise leistet.

107 **...in Nordrhein-Westfalen**

108 Das Ergebnis der Kohlekommission ist für die Lausitz völlig unzureichend, für  
109 den Bestand des Hambacher Waldes sowie die Zukunft der verbliebenen  
110 Umsiedlungsdörfer im Rheinischen Revier kann dieser Vorschlag jedoch eine Chance  
111 sein. Denn für die benötigten Abbaumengen, um den Ausstiegsplan der  
112 Kohlekommission umzusetzen, können der Tagebau Garzweiler 2 sowie der Tagebau  
113 Hambach so verkleinert werden, dass keine weitere Waldfläche sowie keine  
114 weiteren Dörfer mehr in Anspruch genommen werden müssen. Die GRÜNE JUGEND  
115 fordert die Nordrhein-Westfälische Landesregierung auf, zwei neue  
116 Leitentscheidungen für die Großtagebaue Hambach und Garzweiler 2 zu fällen. Die  
117 Abbaugrenzen müssen dabei so gezogen werden, dass die Ortschaften Berverath,  
118 Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich, Unterwestrich, Manheim und Morschenich sowie  
119 der Hambacher Wald nicht in Anspruch genommen werden.

120 Leitentscheidungen brauchen Zeit. Deshalb dürfen jetzt von RWE keine Fakten  
121 geschaffen werden. Wir fordern deshalb den sofortigen Stopp aller  
122 Zwangsumsiedlungen, aller Abrissarbeiten, aller Rodungen, Flächen- und  
123 Naturzerstörungen in den Braunkohlerevieren. Auch darf eine Leitentscheidung für  
124 den Tagebau Hambach nicht von einer Aufgabe der Besetzung des Hambacher Waldes  
125 abhängig gemacht werden.

126 Der Abschlussbericht der Kohlekommission gibt der NRW-Landesregierung den klaren  
127 Auftrag, einen Prozess zur Zukunft der Umsiedlungsdörfer anzustoßen. Mit den  
128 Menschen vor Ort müssen Pläne für die Zukunft der Dörfer geschmiedet werden. Die  
129 Lösungen für die Dörfer werden sehr individuell ausfallen. In einigen Dörfern  
130 sind erst wenige Menschen umgesiedelt, in anderen lebt kaum noch ein Mensch und  
131 erste Abrissarbeiten haben begonnen. Wichtig ist, dass endlich mit den  
132 Bewohner\*innen der Dörfer geredet wird, über ihre Köpfe hinweg wurde lange genug  
133 entschieden. **Zudem braucht es Strukturhilfe für die Orte, da in diesen**  
134 **jahrzehntelang kaum mehr in die Infrastruktur sowie den Erhalt der Bauwerke**  
135 **investiert wurde.**

136 **Rheinland, Lausitz, und Leipziger Land können mehr als Kohle!**

137 Wir fordern einen Strukturwandel, der weiche Standortfaktoren nicht  
138 vernachlässigt. Eine lebendige Vereinskultur, kulturelle Vielfalt sowie eine  
139 tolerante Zivilgesellschaft sind für Kohleregionen genauso wichtig wie die  
140 sogenannten harten Standortfaktoren – also unter anderem der Mobilfunkausbau und  
141 eine gute Verkehrsanbindung. Funklöcher und langsames Netz darf es in ländlichen  
142 Räumen nicht geben, wenn diese fit für die Zukunft sein wollen. Nicht  
143 profitorientierter, staatlich koordinierter Mobilfunk- und 5G-Ausbau darf daher  
144 kein Tabu sein. Die Ansiedlung von Bundesbehörden in Kohleregionen begrüßen wir,

145 dennoch können Behördenansiedlungen keine tragenden Säulen des Strukturwandels  
146 sein. Was es braucht, sind Arbeitgeber\*innen aus den Bereichen erneuerbare  
147 Energien und nachhaltige Mobilität, worunter wir vor allem den Bahnverkehr  
148 verstehen. So können zum Beispiel Bahnwerke viele Menschen einstellen, die  
149 derzeit in der Braunkohle beschäftigt sind – sei es die Mechatronikerin, der  
150 Informatiker, die Eisenbahnerin oder der Industriekaufmann. Die  
151 Milliardenzahlungen des Bundes, die in die Kohleregionen fließen sollen, dürfen  
152 unter keinen Umständen für die Rekultivierung der Tagebaulandschaften genutzt  
153 werden, denn dafür sind RWE, LEAG und MIBRAG zuständig. Wir fordern die  
154 Auferlegung von Sicherheitsleistungen nach Bundesberggesetz, sodass die  
155 Energiekonzerne ausreichend Gelder für die Rekultivierung bereitstellen müssen.

### 156 **Ohne Klimaschutzgesetz geht nix!**

157 Die letzten Jahre deutscher Klimapolitik und das jetzt schon offensichtliche  
158 Verfehlen des Reduktionsziels für 2020 zeigen: Zielsetzungen werden durch die  
159 Große Koalition ignoriert. Deshalb braucht es ein Klimaschutzgesetz - nur so  
160 kann sichergestellt werden, dass diese Zielsetzungen verbindlich und notfalls  
161 auch einklagbar sind. Ein Klimaschutzgesetz sorgt nicht nur für Verbindlichkeit  
162 - es stellt auch einen Hebel gegenüber mächtigen Akteur\*innen wie dem fossilen  
163 Sektor dar. Ebenfalls ist ein Klimaschutzgesetz daneben die notwendige  
164 Konsequenz aus den Ergebnissen der Kohlekommission. Die Ergebnisse der  
165 Kommission bedeuteten aber auch, dass es ein Kohleausstiegsgesetz braucht.  
166 Zugleich stellt es eine Möglichkeit dar, den völlig unzureichenden Ausstiegspfad  
167 nachzuschärfen. Die Trennung des Maßnahmengesetzes zum Strukturwandel vom  
168 Klimaschutzgesetz kann sich hier als problematisch erweisen. Für uns muss ein  
169 Gesetz zum Strukturwandel die oben genannten Leitlinien enthalten und im Kontext  
170 des Klimaschutzgesetzes entwickelt werden.

171 Das durch das Bundesumweltministerium vorgeschlagene Klimaschutzgesetz ist ein  
172 erster Ansatzpunkt für eine ambitionierte und verbindliche Klimaschutzpolitik in  
173 Deutschland. So sollen ein nicht aufweichbarer Ausstiegspfad festgeschrieben  
174 werden und Ministerien die Verantwortung für das Erreichen von jährlichen  
175 Emissionsreduktionen in den entsprechenden Sektoren sicherstellen. Aus  
176 Perspektive der GRÜNEN JUGEND müssen die Ausstiegspfade deutlich nachgeschärft  
177 werden: Sie sind nicht mit einem Ausstiegspfad vereinbar, der ein Einhalten der  
178 1,5°C-Grenzen ermöglicht.

179 Der vorliegende Gesetzentwurf orientiert sich immer noch nicht am 1,5°C-Ziel,  
180 sondern folgt den unzureichenden Zielsetzungen des Klimaschutzplans.

181 Darüber hinaus darf die Trennung der Sektoren durch die Verantwortung in den  
182 einzelnen Ministerien nicht verhindern, dass Sektoren zusammengedacht werden.  
183 Ein weiteres Element des Vorschlags ist die Zahlung von Strafen für nicht  
184 erreichte Emissionsreduktionen aus den Budgets der Ministerien durch den Zukauf

185 von Emissionszertifikaten aus dem Europäischen Emissionshandel. Damit kann zwar  
186 letztlich auch eine Ausweitung des Emissionshandels in Deutschland auf bisher  
187 ausgeschlossene Betriebe erreicht werden - es löst aber nicht die fundamentalen  
188 Probleme, vor denen der Emissionshandel selber steht und dessen mögliche  
189 Integration in einen globalen Emissionshandel. Wir schließen uns daher  
190 Forderungen nach der Einführung einer Steuer basierend auf dem Ausstoß der CO2-  
191 Äquivalente für Unternehmen an. Der Markt bringt es nicht.

192 **Bis zum Kohleausstieg und noch viel, viel weiter!**

193 Das Ergebnis der Kohlekommission ist kein Konsens, sondern verletzt  
194 Menschenrechte und ermöglicht keine lebenswerte Zukunft. Doch neben einem  
195 Ausstieg aus der Kohle bis 2025 müssen auch die Folgen des Kohleabbaus sowie  
196 dessen Beendigung mitgedacht werden. Allerdings reicht alleine ein Kohleausstieg  
197 nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen - Mobilität und Landwirtschaft  
198 sind nur zwei Aspekte, die maßgeblich zur Klimakrise beitragen. Sie sind noch  
199 enger mit unserer Lebensweise [also sowohl Produktion als auch Konsum] verknüpft  
200 als Kohle. Die Kämpfe der Klimagerechtigkeitsbewegung werden angesichts dessen  
201 intensiver werden. Ob Fridays For Future oder Ende Gelände - wir verstehen uns  
202 als Teil dieser Bewegungen und zeigen uns solidarischen mit jenen Akteur\*innen,  
203 die Gesetze übertreten. Die symbolische Stärke der Aktionsformen können wir in  
204 allen Bereichen anwenden. Deshalb solidarisieren wir uns mit Aktionen, die  
205 zivilen Ungehorsam auch in die Bereiche Mobilität und Landwirtschaft tragen  
206 wollen.

207 Wir stehen als GRÜNE JUGEND in der Pflicht, die Forderungen des  
208 zivilgesellschaftlichen Protests in unsere Partei und in das Parlament zu  
209 tragen. Wir müssen unbequem bleiben und auch innerhalb unserer eigenen Partei  
210 den Druck aufbauen, konkrete Maßnahmen und Zielsetzungen vorzulegen, um der  
211 Klimakrise entschlossen entgegenzutreten.